

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-
Bundesvorsitzender, sieht
die Union im Sommerloch:
Wie ein Frosch in der
Dickmilch. Seite 1

Helmut Rothemund MdL kom-
mentiert den jüngsten
CSU-Parteitag: Tönendes,
themenloses Nichts.
Seite 3

Hermann Scheer MdB er-
läutert die Motive der
USA in der Nachrüstungs-
frage: Washington will
einen strategischen Fest-
landdegen. Seite 4

Anke Brunn MdB unter-
sucht die Frage SPD und
Jugendprotest: Die Sozial-
demokratie muß ein Forum
für lösungsoffene Diskus-
sionen sein. Seite 6

Martin Schmidt (Geller-
sen) MdB betrachtet Jagd
als Teil des Umweltschutzes: Der Bund muß
Erfolgskontrolle betrei-
ben. Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 131

15. Juli 1981

Union im Sommerloch

Wie ein Frosch in der Dickmilch

Von Helmut Rohde MdB
Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeit-
nehmerfragen

Die CDU/CSU sitzt 1981 im "Sommerloch" wie ein Frosch in der Dickmilch. Sie strampelt und hofft auf diese Weise in der Bonner Ferienzeit Substanz zu machen. Was sie aber auch ohne Elan zusammenstrampelt, wirkt so wie Kohls Linie der "inneren Unionsruhe" und der nach außen gekehrten "Unionsgeschlossenheit". Seit Jahren dieselben Sprüche und jene gleichbleibenden Attacken auf die Regierung, auf die selbst die eigene Anhängerschaft immer müder reagiert.

Man gewinnt den Eindruck, daß die Opposition in der Bundesrepublik gleichsam zurückgetreten ist. Sie sitzt im Bonner Rheintal auf den drei Buchstaben, die ihren Parteinamen ausmachen, wartet auf Fehler der Regierung, kommentiert routinetafelig Tagesereignisse, erwägt und beantragt von Zeit zu Zeit parlamentarische Untersuchungsausschüsse, gibt sich den gewohnten Parolen und Gefühlsausbrüchen hin, macht alles Mögliche, nur nicht den Eindruck ein kräftiger und kreativer Teilhaber deutscher Politik zu sein. Wenn sie überhaupt einmal in einer Sache antritt, dann wirkt sie merkwürdig und widerspruchsvoll. Dafür drei Beispiele aus der jüngsten Zeit.

1. Da fordert die CDU/CSU mehr Hochschulbaumittel des Bundes in Höhe von Hunderten von Millionen DM, nachdem sie den Sozial-Liberalen jahrelang vorgeworfen hat, für die Universitäten zuviel ausgegeben und für die Hochschulbildung zu spendabel gewesen zu sein. Soweit es dagegen die Berufsausbildung angeht, waren den Unionsabgeordneten in diesem Jahr die ohnehin schon begrenzten Mittel für überbetriebliche Ausbildungsstätten zuviel. Gegen diese



Stätten, die für die Qualität der Berufsausbildung und die Stabilität des Lehrstellenangebots wichtig sind, polemisierten CDU/CSU in den Parlamentsberatungen. Die Union redet zwar dauern von der Priorität beruflicher Bildung, aber für die Sache der Auszubildenden und ihrer Einrichtungen hätte sie keine Sondersitzung des Bundestages ins Auge gefaßt. Hier versucht sie jeden durchgreifenden Reformansatz wie in den 70er Jahren im Bundesrat zu blockieren.

2. Merkwürdig ist auch, wie sich die Union auf ihren Kongreß über die "Zukunft der jungen Generation" vorbereitet. Da hört und liest man von der "sanften Gesellschaft" und der "sanften Familie", die man im Unionssinn habe. Wer allerdings an die außen- und rüstungspolitische Linie der Union, an ihre Forderung "Kernenergie ohne Wenn und Aber", an ihr Streben nach Privat- und Kommerzfernsehen denkt - um nur dies zu nennen -, dem kommt nicht gerade eine sanfte und blumige Gesellschaft in den Sinn. Was die Union mit ihrer sogenannten "weichen Welle" betreibt, ist Feuilleton, und kitschiges noch dazu.

Jeder Ansatz zu selbstkritischer Haltung und kritischer Untersuchung gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie Teile der Jungen Union und gelegentlich auch Landesfunktionäre der Sozialausschüsse empfehlen, werden sofort von der Bonner Unionszentrale ins Abseits geleitet. "Wenn auch verkehrt, Hauptsache einheitlich" - diese alte Kommandoanweisung für Rekruteninspektionen beherrscht offenbar die Szene.

3. Ein anderes Beispiel für das Oppositionsverhalten ist die Art und Weise, wie aus der Union Willy Brandts Besuch in Moskau kommentiert wird. Auf den Gedanken, selbst außenpolitisch aktiv zu werden, sich selbst auf das heute sicher schwierige und komplizierte Feld internationaler Beziehungen zu begeben, kommt offenbar Oppositionsführer Kohl überhaupt nicht. Er sitzt ausdauernd im Bonner Rheintal und ernährt sich politisch von "Besorgnissen" und von "Warnungen" vor Gefahren, die er, wie im Falle der Brandt-Reise, selbst erfindet. Hört und liest man ihn, dann "bedrückt" ihn offensichtlich vieles, erstaunlicherweise nur nicht der Gedanke, daß man durch schiere Enthaltensamkeit nicht "wichtige Beiträge zur deutschen Politik" leisten kann.

Daß Parteivorsitzende westlicher Demokratien internationale Gespräche führen, auch auf schwerem Boden wie Willy Brandt in Moskau, gehört zu den Gepflogenheiten der Weltpolitik und der Staatengesellschaft. Bemerkenswert ist etwas ganz anderes: Daß der deutsche Oppositionsführer international überhaupt nicht stattfindet, ohne Profil nach außen ist, genauso wie er im Inneren jedem Hauch politischer Originalität mit Mißtrauen gegenübersteht. (-/15.7.1981/bgy/ca)

+ + +



Tönendes, themenloses Nichts

Der CSU-Parteitag blieb ohne verbindliche Ergebnisse

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Was war denn nun eigentlich?, fragten sich ratlos nicht wenige Beobachter des jüngsten CSU-Spektakels, das sich Parteitag nannte, in Wirklichkeit aber ein tönendes, themenloses Nichts war. Selbst Wohlmeinende taten sich schwer, inhaltlich politische Ergebnisse zu benennen. So mußten denn als Ersatz einige Sprüche des Vorsitzenden herhalten, etwa der ob seiner peinlichen Selbstüberschätzung tatsächlich bemerkenswerte Satz von Strauß: "Ohne die Führungskraft der Union ist der Niedergang der Bundesrepublik Deutschland und Europas nicht aufzuhalten." Das sind schon biblische Dimensionen, von wegen "Fürchtet Euch nicht (sagte Strauß tatsächlich schon einmal) der Retter ist da".

Nebenbei hat Strauß mit einem weiteren Satz, der festgehalten zu werden verdient, eine medienpolitische Heißlehre verkündet: "Das Fernsehen soll endlich die normale Welt zeigen statt des Abartigen und Abseitigen." Kein Zweifel, da braucht es dringend das Privatfernsehen. Da wird dann, meinen wohl Strauß und Stoiber, ein normaler Arbeitstag des bayerischen Ministerpräsidenten gezeigt oder die Produktion eines bayerischen Autos oder einfach eine ganz normale Hausfrau beim Waschen und Kochen. Es könnte auch ein Interview mit Harald Juhnke über Strauß und André Heller gebracht werden. Es könnte freilich auch sein, daß ein Privatfernsehen mehr noch als das bisherige öffentlich-rechtliche den Boulevard-Stil kultiviert und so abartige Sachen wie Sex and Crime auf die Mattscheibe bringt. Wie auch immer, die CSU-Parteitagsdelegierten haben - erfüllt von der Sehnsucht nach einer irgendwie heilen Welt - ganz gewiß begriffen, wie Strauß sich das künftige normale Fernsehen vorstellt. Sonst hätten sie ja nicht so heftig Beifall geklatscht.

Eine "Standortbestimmung im Grundsätzlichen" hat der "Bayernkurier" vorher angekündigt. Wie das gemeint war, zeigten schon die Reden von Zimmermann und Stoiber: Die CSU ist grundsätzlich gegen alles, was die Bundesregierung und SPD/FDP tun und sagen. Der grundsätzliche Standort der CSU besteht aus einem grundsätzlichen Nein. Diese Sonthofener Strategie wird von Strauß nicht mehr, wie noch vor einem Jahr, halb demontiert, sondern nun ganz offen als Magna Charta der CSU propagiert. Wie lange mag es noch dauern, bis auch Unionsanhänger merken, in welche Sackgasse sie von Strauß mit seiner Politik des Meinsagens statt der Alternative geführt wurden - eine Sackgasse, die kaum nach Bonn und an die Macht führen dürfte.

Ein Parteitag der Diskussion soll es werden, hat Generalsekretär Stoiber vorher frohlockt. Und was war? Ein bißchen Scheingefechte oder auch einige echte in den Arbeitskreisen - aber ohne jegliches verbindliches Ergebnis. Verbindlich wären Parteitagsbeschlüsse. Was jedoch in Arbeitskreisen an "Demokratiespielen" (wie ein Kommentator schrieb) veranstaltet wurde, wen kümmert's in wenigen Wochen noch? Strauß bestimmt nicht.

Im Parteitagsplenium gab es aber doch auch, mögen manche erinnern, eine heftige Auseinandersetzung, nämlich um die Absenzregelung. Wohl, aber gerade deren Verlauf zeigte exakt, was bei der CSU erlaubt ist und was nicht: Ein bißchen meckern ja, entschieden aber wird woanders. Notfalls wird eine unpassende Meinung mit der Geschäftsordnung heruntergebügelt. Die erste Abstimmung zeigte klar, daß eine Mehrheit der Delegierten die Absenzregelung nicht beibehalten wollte. Gleichwohl landete das Thema bei einer Kommission, das heißt letztlich bei Strauß und der Staatsregierung. Den Gegnern der Absenzregelung mag es ein Trost sein, daß der Kultusminister nachher bei der Vorstandswahl einen Denkkzettel erhielt. Der Paradeprofessor mußte sich von dem Judoka Tandler, welche Schmach, in der Stimmenrangfolge geschlagen geben.

Wir haben eben keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, also brauchen wir auch nicht zu streiten, verteidigen CSU-Politiker die Tatsache, daß auch auf diesem Parteitag alle großen Themen der Zeit unter dem Tisch blieben. Die Wahrheit ist: Die CSU hat kein großes politisches Konzept außer dem, durch Abwarten an die Macht kommen zu wollen. Kein Wunder, daß SPD und FDP sich die Opposition selber schnitzen. (-/15.7.1981/ks/ca)

Es geht um das Wie

Die USA wollen einen strategischen Festlanddegen

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Monatelang ging es bei den internationalen wie innenpolitischen Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluß um die Frage, ob es zu ernsthaften Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion kommt. Daß es diese Verhandlungen geben wird, scheint nun zweifelsfrei festzustehen. Es ist das unbestreitbare Verdienst der Bundesregierung, zunächst die Sowjetunion und dann die neue US-Regierung zur Verhandlungsbereitschaft gebracht zu haben.

Bei den jetzt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Gesprächen Willy Brandts in Moskau, anlaufenden Auseinandersetzungen innerhalb der NATO und innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geht es nicht mehr um das OB von Verhandlungen, sondern um das WIE. Die Konflikte der letzten Tage um die Ergebnisse der Brandt-Reise sind nicht erklärbar und müssen vielen unverständlich bleiben, wenn man nicht die unterschiedlichen Ziele deutlich macht, die auf westlicher Seite bestehen.

Ziel der SPD einschließlich Helmut Schmidt ist, das speziell für Europa gegebene Ungleichgewicht durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen zu beseitigen. Es bestehen zwar Einschätzungsunterschiede, ob eine Null-Lösung erreichbar ist, und es gibt Auffassungsunterschiede, welche Gegenleistungen für einen westlichen Verzicht auf Nachrüstung die Sowjetunion bringen müßte. Daß eine Null-Lösung aber das grundsätzliche Ziel ist, ist für die SPD insgesamt unbestritten. Diese Position teilen mit der SPD die meisten westeuropäischen Regierungen. Sie dürfte auch dem Anliegen der SPD entsprechen, obwohl hier bei Außenminister Genscher einige Fragezeichen erlaubt sind, ob er nicht mehr der zweiten Zielrichtung anhängt.

Diese zweite Zielrichtung, die von den USA und einigen politischen Kräften in Westeuropa vertreten wird, will bei den Verhandlungen lediglich auf die Festlegung einer zahlenmäßigen Obergrenze für die sowjetischen Mittelstreckenraketen hinaus und will, daß die Sowjetunion im Gegenzug eine gewisse Mindestzahl landgestützter Mittelstreckenraketen in Westeuropa akzeptiert. Es scheint, daß den USA eine solche Lösung lieber wäre als eine Lösung, die zu einem westlichen Verzicht auf Nachrüstung bei entsprechender geeig-



neten sowjetischer Gegenleistung führen könnte. Mit anderen Worten: Die USA wollen unbedingt eine Anzahl von strategischen Raketen auf westeuropäischem Festland und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Nur so sind die bissigen Bemerkungen - innenpolitisch vor allem aus den Reihen der CDU/CSU - zu erklären, die sich gegen eine Null-Lösung richten. Nur so ist zu erklären, warum sämtliche Moratoriumsvorschläge und auch das Unterbreiten eigener Moratoriumsvorschläge abgelehnt werden, auch wenn diese verhindern könnten, daß der sowjetische SS-20-Vorsprung noch weiter ausgebaut wird - die Front der bedingungslosen Ablehner befürchtet eine zeitliche Verzögerung der Raketenstationierung in Westeuropa, die sie unabhängig von allen anderen Fragen ohne weiteren Verzug anstrebt.

Es gibt also offensichtlich massive politische Gründe, warum nach dem Willen der USA und ihren eifernden Strebern aus der CDU/CSU auf westeuropäischem Festland amerikanische Raketen stationiert werden sollen. Das amerikanische und das europäische Militärpotential sollen enger als bisher miteinander verkoppelt werden, und die USA wollen einen strategischen Festlanddegen in Westeuropa haben, um damit die westeuropäische Politik innerhalb der NATO wieder stärker beeinflussen zu können, und die NATO zu einem weit über ihre eigentlichen Aufgaben hinausgehenden Instrument ihrer Globalpolitik machen zu können. Deshalb auch die entschiedene Ablehnung von Vorschlägen, seegestützte statt landgestützte westliche Mittelstreckenraketen anzustreben, obwohl der rein militärische Effekt keine wesentlichen Unterschiede macht. Deshalb auch die Versuche der USA, in die Verhandlungen über eurostrategische Systeme auch das sowjetische Mittelstreckenpotential, das auf China gerichtet ist und mit der NATO nichts zu tun hat, einzubeziehen.

Solange diese Zielunterschiede und ihre Hintergründe nicht offengelegt werden, wird sich der Eindruck verbreiten, die Bundesregierung handele widersprüchlich. Das weitverbreitete Mißtrauen, das bezüglich der Erfolgsaussichten von Verhandlungen besteht, hat seine Quelle in dem bisher noch nicht ausgetragenen Zielkonflikt zwischen Westeuropa und den USA. Dieser Zielkonflikt muß aber nicht nur deutlich gemacht werden, sondern offensiv ausgetragen werden, weil diese Problematik nicht durchzustehen ist, wenn Interessensunterschiede verwischt bleiben. Bleiben sie verwischt, wird sich der Stärkere im Bündnis durchsetzen, das ist allemal der, der am Verhandlungstisch sitzt.

(-/15.7.1981/ks/ca)

+ + +



SPD und Jugendprotest

Die Sozialdemokratie muß ein Forum für lösungsoffene Diskussionen sein

Von Anke Brunn MdB

Mitglied der Jugend-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

"Jugendprotest im demokratischen Staat"

Vorsitzende der Projektgruppe "Berliner Linie"

der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Eine ad-hoc-Arbeitsgruppe Jugend beim SPD-Parteivorstand hat jetzt Thesen zum Thema SPD und Jugendprotest vorgelegt. Es war das Ziel unserer Thesen, ausgehend vom Phänomen des Jugendprotests eine Sensibilisierung von Sozialdemokraten für die Lage der Jugend zu erreichen und einige Vorschläge für Formen des Umgangs mit jungen Menschen und ihren Anliegen zu entwickeln. Es ging nicht darum, einen neuen jugendpolitischen Handlungskatalog von Fachleuten für Fachleute vorzulegen. Denn der Jugendprotest wird nicht als ausschließlich jugendspezifisches Thema verstanden, sondern als Frage an die Gesellschaft und als Antwort auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen. "Nicht die von den Jungen angesprochenen Probleme, sondern ihre Reaktionen darauf sind jugendspezifisch."

Die Thesen sind auch ein Ergebnis der Auseinandersetzung von Sozialdemokraten mit den Thesen der eidgenössischen Kommission für Jugendfragen. Obwohl sie nicht in Hinblick auf eine besondere Stadt oder ein Bundesland geschrieben wurden, lassen sich daraus Gesichtspunkte für die Arbeitsweise der Berliner SPD in Partei und Fraktion gewinnen. Der "Dialog mit den Jungen" muß danach nicht nur als Gespräch mit einzelnen Gruppen von jungen Menschen stattfinden, sondern er muß im Sinne der These wesentlicher Bestandteil der politischen Gesamtarbeit sein. Es wird in der Parlamentsarbeit nicht darum gehen, als Opposition perfekte Ersatzregierungsprogramme zu liefern, beziehungsweise Verwaltungsprogramme von Technokraten für Technokraten; sondern die Sozialdemokratie muß ein Forum sein für die lösungsoffene Diskussion um die Zukunftsfragen dieser Stadt. Glaubwürdig und verständlich muß nicht nur sein, was vertreten wird, sondern auch wie etwas vertreten wird.

So wird es auch darum gehen, an dem konkreten Phänomen der Hausbesetzungen, an dem sich in Berlin Jugendprotest festmacht, immer wieder zu verdeutlichen, daß eine Lösung nur möglich ist, wenn Mißstände in Wohnungsbau und Stadtentwicklung auch als solche gekennzeichnet werden, wenn Lösungen vorrangig bei diesen Ursachen ansetzen, wenn Justiz und Polizei nicht nur überzogenes Handeln neue Eskalationen herbeiführen, wenn den friedlich protestierenden Jugendlichen eine weitestmögliche gesellschaftliche Integration ermöglicht wird, zum Beispiel durch Vergabe von leerstehenden Gebäuden an selbstorganisierte soziale Projekte und durch Abschluß von Nutzungsverträgen mit Instandbesetzern. Es ist gerade die Stärke der "Berliner Linie" in der Hausbesetzerfrage, daß sie in den wenigen Monaten der Amtszeit des letzten Senats zu einer Entspannung und Entkrampfung der Situation geführt hat, die friedliche Lösungen überhaupt erst möglich macht. Es muß nun nach dem Senatswechsel auf die Gefahr forscher und überflüssiger Räumaktionen hingewiesen werden. Damit Berlin kein neues Zürich wird, darf der CDU-Minderheitsenat die Berliner Linie nicht lediglich als leere Formel übernehmen, sondern muß ihren inneren Sinn - der Befriedigung des Protestes - gerecht werden.

Die Thesen verweisen einleitend auf den Zusammenhang zwischen mangelnder Sensibilität, Erstarrung und Unbeweglichkeit politischer Institutionen und der Verzweiflung und der Wut der Jungen darüber, nichts bewegen zu können, einer Wut, die sich in Gewaltreaktionen entladen kann. "Nichts schadet dem Ansehen der Demokratie mehr als die mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft politischer Institutionen, Probleme rechtzeitig zu erkennen und auf den Weg der Reform zu bringen." Es wäre falsch, die Unruhe in der Jugend nur als Bedrohung und Gefahr zu sehen. Gerade in diesem Zusammenhang muß festgehalten werden: "Noch nie



in der deutschen Geschichte hat es in der Jugend - und gerade bei der politisch engagierten Jugend - ein so starkes Engagement für Gewaltlosigkeit und Frieden gegeben. Noch nie sind die Jungen in Deutschland für militaristisches und nationalistisches Gedankengut so unempfänglich gewesen wie heute."

Es kommt darauf an, sich nicht auf die Ausdrucksformen des Protestes allein zu fixieren, sondern auf die ihnen zugrundeliegenden Motive, Ängste und Wünsche. So ist die Sorge um die Zukunft, vor allem die Angst vor ökologischen und militärischen Gefahren, bei jungen Menschen besonders stark verbreitet. Die Wünsche konzentrieren sich auf die Gestaltung konkreter Lebensumstände, auf neue Formen von Arbeit, Möglichkeiten von Kreativität und Selbstverantwortung. Immer wieder wird nach dem Sinn von Strukturen gefragt. "Auch Sozialdemokraten werden sich selbstkritisch prüfen müssen, ob sich ihre Politik nicht zu sehr darauf reduziert hat, immer neue Strukturen zu entwickeln und die Frage nach dem wertmäßigen Orientierungen solcher Strukturen zu vernachlässigen." Immer wieder richtet sich der Protest gegen die Auswirkungen verfestigter Strukturen, wie Schulstreik, Ausleseverfahren, Einengung von Berufsrollen, Jugendarbeitslosigkeit, Zerstörung der natürlichen Umwelt, Hang zur "Gigantomanie", Bürgerferne von Verwaltungen.

"Viele Junge vermissen Glaubwürdigkeit bei den traditionellen politischen Institutionen und ihren Repräsentanten." Sie wenden sich gegen die Pose der Allwissenheit und Unfehlbarkeit. "Sie glauben den Politikern nicht mehr das, was sie sagen, sondern nur noch das, was diese tun." Verbal verkündete Dialogbereitschaft hat daher ohne eine Änderung der praktischen Politik keinen Sinn. Es kommt darauf an, die Selbstdarstellung und die Arbeitsweise der Partei kritisch zu überprüfen - sowohl das Verhalten der Repräsentanten als auch die traditionellen Veranstaltungsformen. "Es gilt, den Zweifel vieler junger Menschen am Wert politischer Entscheidungen auch durch persönliches verbindliches Verhalten abzubauen. Die SPD muß den Unterschied verdeutlichen zwischen dem Kompromiß einerseits, der trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen politisches Handeln ermöglicht, und einer Trickserie andererseits, die letztenendes nur unverbindliche Formelkompromisse findet". Schließlich wird die SPD daran gemessen werden, ob sie dort, wo sie die Mehrheit hat, reformpolitische Ansätze exemplarisch zu realisieren bereit ist.

Im konkreten Erlebnisbereich der Jugendlichen in der Kommune, bieten sich ganz besondere Möglichkeiten der politischen Antwort auf jugendliche Kritik. In der Jugendarbeit müssen die Prinzipien der Selbstorganisation und Eigeninitiative gestärkt werden. Allerdings sind "Freiräume" für Eigeninitiativen keine hinreichende Antwort, wenn ansonsten die bestehenden Strukturen unverändert bleiben. "Vielmehr müssen Sozialdemokraten daran mitwirken, neue Werte und Formen des Zusammenlebens zu schaffen". Schließlich müssen auch manche technokratischen Entartungserscheinungen der Sozialstaatspraxis korrigiert werden. Dazu gehört es insbesondere, daß der einzelne Bürger nicht nur Gegenstand sozialstaatlicher Leistungen und Maßnahmen ist, sondern auch an deren Ausgestaltung teilhaben kann.

"Nur wenn solche Zeichen in der politischen Praxis gesetzt werden besteht die Chance für eine fruchtbare Diskussion zwischen der Partei und den Jungen". (-/15.7.1981/h1/ca)

+ + +



Jagd ist auch Umweltschutz

Der Bund muß Erfolgskontrolle betreiben

Von Dr. R. Martin Schmidt (Gellersen) MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten des Deutschen Bundestages

Vier Jahre Bundesjagdgesetz-Novelle - zu kurz, um schon die Auswirkungen auf Jagdpacht und Jagdwesen überhaupt zu bilanzieren. Dennoch Zeit genug, einmal festzustellen, was die Länder aus dieser Neuordnung des Jagdrechts gemacht haben. Daher geben die drei Fraktionen des Deutschen Bundestages auf Betreiben ihrer Mitglieder im federführenden Ernährungsausschuß der Bundesregierung mit einer Kleinen Anfrage (BT-Drs. 9/638) Gelegenheit, dem Parlament während der Sommerpause zu berichten, wie die Länder den vom Bund gesetzten Rahmen in ihren Regionen ausgefüllt haben. Dreizehn Fragenkreise bilden eine bunte Palette der jagdrechtlichen Problemfelder, die hier zu erörtern sind; von der Mindestgröße der Jagdbezirke über Fragen der Jagdpacht bis zur Zusammensetzung der Jagdbeiräte.

Es werden aber auch die "heißen Eisen" der Jagd in Deutschland, genauer: das Spannungsfeld zwischen Jägern und Waldbesitzern, unbefangen aufgegriffen. Hierzu gehören unter anderem die Methoden der Schalenwild-Zählung als Grundlage der Abschußpläne, die Überwachung des Abschußplan-Vollzuges und der mit Bußgeldvorschriften bewehrte "Trophäenkult". Fragen zu den vielfach als Problem gesehenen fehlenden Jagdmöglichkeiten für revierlose Jäger werden ebenso aufgeworfen wie die ökonomischen Aspekte der Verbot der Jagd auf Habichte, Bussard und Fischreiher.

Gerade in einer Industriegesellschaft mit schumpfenden Lebensräumen für das Wild hat die Jagd mit der ihr inwohnenden Hegepflicht des Jägers eine wichtige ökologische Aufgabe. Der Bundesgesetzgeber hat hier aber nur eine Zuständigkeit für den äußeren Rahmen der Regeln für die Jagdausübung. Sie bedürfen unter regionalen ökologischen Aspekten der Ausfüllung durch die Länder. Die Kleine Anfrage des Sommers 1981 dokumentiert aber, daß sich in diesem wichtigen Bereich des Umweltschutzes der Bundestag nicht mit bloßer Rechtsetzung begnügt, sondern auch eine Erfolgskontrolle dahin betreibt, was er mit der Änderung des Bundesjagdgesetzes vor fünf Jahren einzuleiten versucht hat. Nicht nur seine jagdlich interessierten Mitglieder, sondern die gesamte deutsche Jägerschaft sieht den Antworten der Bundesregierung mit großem Interesse entgegen. (-/15.7.1981/hi/ca)

+ + +

